

# Land will Ausgleich für Atommüll

Umweltminister Sander: Europaweite Nutzung von „Konrad“ ist nicht auszuschließen

Von Michael Ahlers

**BRAUNSCHWEIG. Niedersachsens Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) hat Ausgleichszahlungen für Atomendlager in Gorleben und Salzgitter gefordert.**

Sander schließt nicht aus, dass in „Konrad“ auch europäischer Atommüll eingelagert werden könnte. In einem Gespräch mit unserer Zeitung griff Sander die rot-grüne Bundesregierung scharf an.

„Bei der Suche nach einem Endlager sind sieben Jahre vertan worden“, sagte Sander. Der doch noch vorgelegte Gesetzentwurf von Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) zu einer neuen Endlager-Suche sei nichts als heiße Luft.

„Wir müssen stattdessen Gorleben so schnell wie möglich zuende erkunden und Schacht Konrad in Salzgitter so früh wie möglich in Betrieb nehmen“, meinte Sander. Dies ist auch die Linie einer unionsgeführten Bundesregierung. Gorleben und Salzgitter müssten aber einen Ausgleich für besondere Belastungen als Endlagerkommunen erhalten, forderte Sander.

Dazu zählt Sander nicht nur direkte Zahlungen. „In Salzgitter und Gorleben müsse alle Institutionen hin, die mit Kernenergie zu tun haben.“ Der Schwerpunkt müsse auf Forschung liegen. Weil Endlagerung

eine gesamtstaatliche Aufgabe sei, müssten über eine Änderung des Atomgesetzes Bund und Länder gemeinsam für die Endlagerung zuständig werden. Bisher ist dies der Bund. „Es kann nicht sein, dass die anderen Bundesländer ihren Atommüll zu uns schicken und sich dann zurücklehnen“, sagte Sander.

> Gorleben: Die Erkundung des Salzstocks als Endlager für hochradioaktiven Müll ist unterbrochen. Die rot-grüne Bundesregierung will eine neue Endlagersuche.

Niedersachsen will dagegen laut Sander andere Standorte als Gorleben nur suchen lassen, falls sich Gorleben wider erwarten als ungeeignet erweist.

„Wir müssen nur noch die letzten 10 Prozent klären, selbstverständlich ergebnisoffen“, so Sander. Das Ergebnis über die Eignung des Salzstocks als Endlager erwartet Sander innerhalb von rund sieben Jahren.

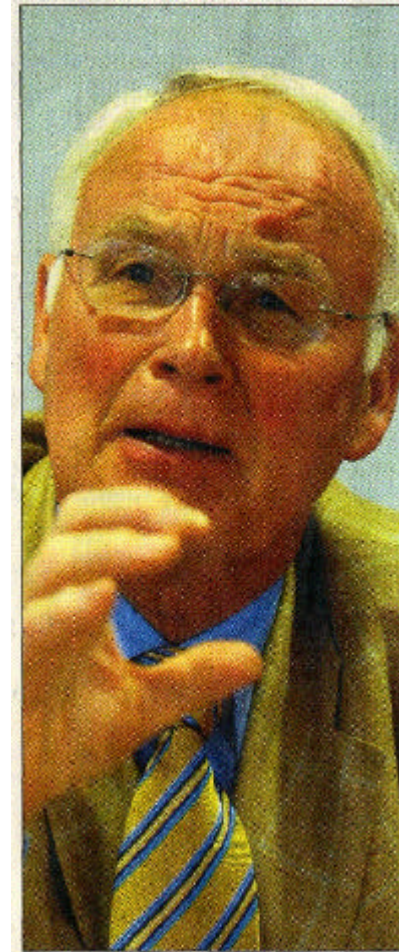
† Schacht Konrad in Salzgitter: Das bereits genehmigte Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle sollte nach Auffassung Sanders sofort nach einem entsprechenden Urteil des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg für die Einlagerung von

Atommüll vorbereitet werden. Mit einem Verhandlungstermin rechnet Sander spätestens im März 2006. Der Betrieb „Konrads“ als Endlager könnte „etwa 2012/2013“, frühestens aber 2010 beginnen.

Die rot-grüne Bundesregierung will dagegen ein Endlager für alle Arten von Atommüll. Für hochradioaktiven Müll ist „Konrad“ weder untersucht noch genehmigt worden. Es würde in einem solchen Konzept als Endlager nicht benötigt.

Zu Spekulationen, nach denen „Konrad“ für europäischer Atommüll geöffnet werden könnte, meinte Sander: „Wir

werden vielleicht darüber reden müssen, wir können die Schotten nicht einfach dicht machen.“ Sanders Amtsvorgänger Wolfgang Jüttner (SPD) hatte mit Hinweis, dass in Deutschland weniger Atommüll anfällt als erwartet, bei der Genehmigung von „Konrad“ im April 2002 die Kapazität des Endlagers von 650 000 auf 303 000 Kubikmeter mehr als halbiert. „Nun könnte man sagen, 650 000 Kubikmeter strahlen auch nicht gefährlicher als 300 000“, meinte Sander. Das Endlager sei schließlich als sicher genehmigt.



Der niedersächsische Umweltminister Hans-Heinrich Sander.

Foto: Rudolf Flentje